Was steht auf dem Spiel? : Diskussion um die Weiterführung der Rentenreform in den USA

Autor(en): **Panchaud, Christine**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840317

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Was steht auf dem Spiel?

Diskussion um die Weiterführung der Rentenreform in den USA

Noch weiss niemand, welche Auswirkungen die 5-Jahres-Bezugsgrenze für die Familien haben wird – davon betroffen werden die meisten erst in diesem Herbst. Was geschieht mit diesen Familien, wenn sie die Maximaldauer der Hilfe erreicht haben? Wenn man bedenkt, dass nur 60 Prozent der SozialhilfebezügerInnen wieder eine Stelle finden und dass das Bundesgesetz den Staaten das Überschreiten der 5-Jahres-Grenze nur für 20 Prozent der Fälle erlaubt, wird klar: Für zahlreiche Familien muss eine Lösung gefunden werden. Jene, die am längsten in der Sozialhilfe verbleiben, sind tendenziell auch am schwierigsten wieder «unterzubringen». Für diese Personen muss vor allem dann eine besondere Anstrengung unternommen werden, wenn sich der Arbeitsmarkt verengt. Und schliesslich hat eine grosse Gruppe von SozialhilfebezügerInnen die Tendenz, regelmässig zwischen Sozialhilfe und Erwerbstätigkeit hin und her zu pendeln, weil sie keine Stelle langfristig halten können. Dies wirft die Frage nach dem vorübergehenden Charakter der Hilfe auf. Wurde wirklich ein System eingerichtet, das eine vorübergehende Fürsorge gewährleistet und langfristig zu finanzieller Autonomie und Stabilität führt?

Stärkung der Familie mit zwei Eltern

Dieses Thema steht ganz oben auf der Prioritätenliste der gegenwärtigen Bundesregierung und der Regierungen von Staaten mit konservativer Mehrheit – und dies könnte die Diskussion im Oktober 2002 entscheidend beeinflussen. Die steuerliche Benachteiligung der Paare reduzieren, den Vätern helfen, ihre Kinder finanziell besser zu unterstützen, sowie die Familien und Eltern mit grossem Risiko besser betreuen: Diese Punkte gehören zu den ins Auge gefassten Massnahmen.

Die meisten Studien bestätigen zwar, dass die positiven Auswirkungen auf die Sozialhilfestatistiken teilweise der Reform von 1996, insbesondere den positiven Anreizen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, zuzuschreiben sind. Sie zeigen aber auch ganz klar, dass ein Teil dieser Ergebnisse zweifellos auf die seit 1996 besonders günstigen wirtschaftlichen Bedingungen zurückzuführen sind: sehr tiefe Arbeitslosenquote, breiter Arbeitsmarkt für wenig qualifizierte Stellen. Die Rezession seit letztem Herbst zeigt bereits Auswirkungen auf die Sozialhilfestatistiken: In mehreren Staaten hat die Zahl der Fälle zu steigen begonnen.

Die Frage der wirtschaftlichen Situation ist besonders kritisch für die Diskussion im Herbst: Die Gefahr besteht, dass die Bundessubventionen für das Bundeshilfsprogramm angesichts der insgesamt positiven Ergebnisse gekürzt werden. Da dieses Programm auf einer fixen Zuteilung beruht, konnten die Staaten bei sinkender Zahl der Fälle von Finanzhilfe ihre Leistungen qualitativ verbessern, indem sie über die Finanzhilfe hinaus zahlreiche Anreizmassnahmen ausrichteten, was die Gesamtkosten der Sozialhilfe pro Fall erhöhte.

Eine Zunahme der Dossiers könnte dazu führen, dass gewisse Anreiz- und Betreuungsmassnahmen in Frage gestellt werden, obschon ihre Bedeutung für den Erfolg der Rückkehr ins Erwerbsleben anerkannt ist.

Diskussion neu ausrichten?

Eine weitere kritische Frage bei der Erneuerung des Gesetzes von 1996 betrifft die Beschaffung der nötigen Mittel, um die Flexibilität und die Autonomie der Staaten zu wahren und gleichzeitig Regeln zur Leistungsbeurteilung aufzustellen: Diese sollen der Bundesbehörde Instrumente geben für die Qualitätskontrolle der Durchführung des Gesetzes durch die Staaten sowie für allfällige diesbezüglich zu beschliessende Änderungen. Es geht darum, die Sozialhilfemassnahmen nicht nur effizienter, sondern auch gerechter zu gestalten. Ist die unterschiedliche Behandlung von einem Staat zum andern infolge des Systems der Zuteilung von Bundesgeldern zumutbar, oder sollte dieses Zuteilungssystem nicht eher im Sinne einer besseren Weiterverteilung geändert werden? Diese Frage scheint, zumindest im Moment, auf wenig Interesse zu stossen.

Die positiven Ergebnisse der Reform und insbesondere die bedeutende Zahl der alleinerziehenden Mütter, die eine Stelle gefunden haben, hatten eine unerwartete Auswirkung: Sie brachten gewisse neue Aspekte in die Diskussion über die öffentliche Fürsorge *(Welfare)*. Dank der Aufwertung von Arbeit und Eigenverantwortung erhielt einerseits das System der *Welfare* eine neue Legitimität und ist es andererseits vielleicht gelungen, die Diskussion auf die Frage der Armut auszuweiten. Heute geht es

Auseinandersetzung zwischen den Parteien

In Washington scheinen weder die Republikaner noch die Demokraten bereit, sich für wesentliche Änderungen der Reform von 1996 einzusetzen. Was deren Weiterführung betrifft, so unterscheiden sich ihre Ansätze allerdings gewaltig.

«Leave no child behind»

Die Demokraten möchten das Jahresbudget von gegenwärtig 16.5 Milliarden Dollar schrittweise auf 18.7 Milliarden im Jahr 2007 erhöhen, um es der Teuerung anzupassen. Weiter möchten sie die Leistungen, die den legalen ImmigrantInnen entzogen wurden, wieder einführen. Die 5-Jahres-Grenze sollte ebenfalls flexibler gehandhabt werden für jene, die (im allgemeinen in Teilzeit) arbeiten, aber weiterhin direkte Finanzleistungen beziehen (die Arbeitsperioden könnten beispielsweise von der maximalen Hilfsdauer abgezogen werden). Sie schlagen zudem eine Erhöhung der Beiträge für die Fremdbetreuung der Kinder von armen Familien vor, und zwar unabhängig davon, ob diese direkte Finanzhilfe *(Welfare)* beziehen oder nicht.

«Encourage work and marriage»

Die Republikaner wünschen insgesamt wenig Änderungen, wobei gewisse unter ihnen angesichts der Statistiken eine Kürzung der dem Programm zugeteilten Budgets und eine Reduktion der Subventionen an die Staaten wünschen. Manche möchten die Nahrungshilfe *(Food Stamps)* und die Wohnungsbeihilfen von der Pflicht zur Arbeit abhängig machen, selbst für jene, die sie beziehen, ohne auch Sozialhilfe *(Welfare)* zu erhalten. Sie möchten die Diskussion auf die Ehe und die Verstärkung der Mittel in diesem Bereich ausrichten. *cp*

nämlich weniger darum, die Höhe der direkten Finanzhilfe und anderer Unterstützungsleistungen für Mütter, die mit ihrem Kind oder ihren Kindern zu Hause bleiben, zu diskutieren, sondern vielmehr darum, welche Unterstützung ihnen zu gewähren ist, wenn sie (wieder) eine Arbeit aufnehmen. Die Arbeit hat ihnen ein positiveres Bild verliehen als früher, und dies erlaubt vielleicht eine bedeutsame Entwicklung in der Politik der Armutsbekämpfung.

Angesichts der Ergebnisse der Reform von 1996 könnte sich die Diskussion zu einer entscheidenden Grundsatzdebatte über die Ziele der Sozialhilfe ausweiten. Geht es nur darum, die BezügerInnen (wieder) auf den Arbeitsmarkt zu bringen – ohne dass sie jedoch aus der Armut befreit werden – und eine Senkung der Programmkosten anzustreben, oder will man in erster Linie die Armut bekämpfen und die Lebensbedingungen der armen oder einkommensschwachen Familien und Kinder verbessern?

Ziel muss sein, die Errungenschaften zu wahren und die Lücken zu schliessen sowie gleichzeitig die Gelegenheit dafür zu nutzen, eine eigentliche Politik der Armutsbekämpfung auszuarbeiten. Das gegenwärtige Ausgabenniveau zu verteidigen oder sogar zu erhöhen, dürfte schwierig sein. Trotzdem scheint dies unerlässlich für die weitere Unterstützung von Familien, die eine Arbeit gefunden haben und dennoch sehr arm bleiben. Für jene, die am meisten Probleme haben Arbeit zu finden, müssten zudem die Leistungen erhöht werden. Und schliesslich muss auch eine Antwort gefunden werden auf die sehr wahrscheinliche Zunahme der Fälle als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung: Sollte sich die Rezession verschärfen, ohne dass die Bundeshilfe zunimmt oder die Regeln geändert werden (insbesondere flexiblere Handhabung der 5-Jahres-Grenze), müssten die Staaten das Problem lösen, sei es durch Zuteilung von Eigenmitteln an die Sozialhilfeprogramme, was in einer Rezession wenig wahrscheinlich ist, sei es durch Abbau der Leistungen. *Christine Panchaud*

Übersetzung: Elisabeth Brungger

Ausführliche Informationen:
The U.S. Census Bureau: *www.census.gov/hhes/www/poverty.html*
Urban institute: *www.urban.org*
University of Wisconsin, Institute for Research on Poverty: *www.ssc.wisc.edu/irp/*
American Public Human Services Association: *www.aphsa.org*
The Brookings Institution: *www.brook.edu/dybdocroot/wrb/wrb_hp.htm*
Center for Law and Social Policy: *clasp.org*
Annie E. Casey Foundation: www. aecf.org

Kanton Luzern führt Sozialhilfestatistik ein

Vor fünf Jahren bemängelte die kantonale Armutsstudie, dass im Kanton keine Sozialhilfestatistik geführt werde. Im Rahmen des vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Projektes, das eine gesamtschweizerische Grundlagenstatistik aufbauen möchte, wird der Kanton Luzern ab diesem Jahr entsprechende Daten zur Verfügung stellen. Gemeinden, die ihre Dossiers noch nicht elektronisch verwalten, werden gratis ein entsprechendes System erhalten. *pd/ar*